

Richard Schröder

Über die Schwierigkeiten, die DDR korrekt zu erinnern.

Der 20. Jahrestag der Herbstrevolution und des Mauerfalls bringt uns eine Welle der Erinnerung auf allen Kanälen, und das ist gut so. Aber aus den Redaktionen der östlichen Lokalzeitungen ist zu hören, dass die Zahl der Anrufer und Leserbriefschreiber anwächst, die sich beschweren. Was wir da im Fernsehen geboten bekommen, das ist nicht die DDR, wie wir sie erlebt haben, das ist ein Zerrbild. Wir Ostdeutschen sollen schon wieder gedemütigt und zu Bürger zweiter Klasse degradiert werden.

Leserbriefe sind nicht repräsentativ, denn es schreiben zumeist die Unzufriedenen. Wer an jenen Dokumentationen nichts Anstößiges findet, beschwert sich auch nicht. In meinem persönlichen Umkreis übrigens hat sich niemand über angebliche Verunglimpfungen der DDR in solchen Sendungen empört. Aber ich bekommen hin und wieder Briefe, in denen auch mir vorgeworfen wird, die DDR zu verunglimpfen. Wir haben es nämlich hier mit einem manifesten Ost-Ost-Gegensatz zu tun, der in unserer westlich dominierten Medienlandschaft kaum vorkommt, weil die vor allem an Ost-West-Gegensätzen interessiert ist. Die Ost-West-Gegensätze sind in Wahrheit gar nicht so groß. Kürzlich hat mich die italienische Zeitung *Corriere de la sera* nach den Ost-West-Gegensätzen befragt. Da habe ich einen Italiener zitiert, der im Jahre 2000 bemerkt hat, die deutsche Einheit sei weiter fortgeschritten als die italienische. Wieso das?, haben die zurückgefragt. Gegenfrage: gab es in Italien schon einmal einen Ministerpräsidenten aus Sizilien? Wir haben aber eine Bundeskanzlerin aus dem Osten.

Warum sind sich die Ostdeutschen so uneinig über die Beurteilung der DDR? Ich will einige Gründe nennen.

Der wichtigste Grund liegt in den DDR-Verhältnissen selbst. Jeder hat nur seine DDR erlebt, denn es gab keine freie, gemeinsame Öffentlichkeit. Wenn heute ein ehemaliger DDR-Bürger nach hitziger Debatte einem anderen vorwirft: „Sie müssen in einer anderen DDR gelebt haben als ich“, hat er womöglich ungeahnt ins Schwarze getroffen. Ein NVA-Offizier, ein LPG-Bauer und ein Pfarrer haben tatsächlich jeder einen anderen DDR-Alltag erlebt und vom DDR-Alltag der anderen wenig gewusst. Es gab ja auch echte Kommunikationsverbote. In einem Dorf standen Pfarrhaus und Schule nebeneinander. Die Vorschulkinder des Pfarrers und des Schulleiters spielten zusammen. Als sie in die Schule kamen, erklärte der Schulleiter dem Pfarrer freundlich und mit Bedauern: „Sie werden verstehen, dass unsere Kinder jetzt nicht mehr zusammen spielen können, bei meiner Stellung.“ Der Polizist, dessen verstorbene Mutter ein christliches Begräbnis gewünscht hat, kommt im Dunkeln zum Pfarrer, um die Beerdigung anzumelden. „Eigentlich sollen wir ja gar nicht mit Ihnen sprechen, aber es war doch der letzte Wille meiner Mutter.“

Ein zweiter Grund war die Zensur der öffentlichen Meinung. Ich habe in den siebziger Jahren meine Konfirmanden regelmäßig gefragt, ob es in der DDR die Todesstrafe gibt. Sie haben das durchweg verneint. Die Vollstreckungen wurden nämlich geheim gehalten. Auch die DDR-Geschichte selbst war vielen eine terra incognita, wie der 17. Juni 1953, der Terror der Stalinzeit, die Vertreibungen im Zusammenhang mit der sog. Bodenreform, die Brutalitäten der Zwangskollektivierung. Selbst der Einmarsch in die CSSR 1968 war in den achtziger Jahren manchen jungen Leuten unbekannt. Denn in vielen Elternhäusern wurde all dies vorsichtshalber beschwiegen. Nach 1990 hörten wir von einer Familie, deren Eltern, alte Kommunisten, beide unter Stalin im Lager waren und ihren Kindern nie davon erzählt hatten. Viele erfuhr erst 1990, dass einige der KZs vom sowjetischen Geheimdienst nach 1945 weiter benutzt wurden. Selbst die Zahl der Selbstmorde war Staatsgeheimnis und dem Statistischen Jahrbuch nicht zu entnehmen. Die Kriminalstatistik wurde geheim gehalten, so dass nach 1990 zunächst viele der Meinung waren, die Kriminalität wachse sprunghaft an, was bei Autodiebstählen zutraf, nicht aber bei Schwerekriminalität. Geändert hatte sich nur die Berichterstattung. Ich hatte voriges Jahr einen Briefwechsel mit einer Lehrerin, die mir erklärte, ihre

Heimat sei die DDR gewesen, dieses Deutschland sei nicht ihre Heimat und werde es nie werden. Ich habe sie gefragt, ob sie denn mit ihren Kindern und Schülern auch über den Stalin-Hitler-Pakt, den 17. Juni 1953, den 21. August 1968 oder Stasi-Praktiken gesprochen habe. Sie hat mir ehrlich geantwortet, teils habe ihr der Mut dazu gefehlt, aber vieles sei ihr auch damals nicht bekannt gewesen. Da ist mir klar geworden, dass viele, die von der DDR schwärmen, genauer besehen die DDR meinen abzüglich dessen, was sie erst nach ihrem Ende von ihr erfahren mussten. Sie wünschen sich mit der DDR auch das damalige Nichtwissen zurück, eine subtile Form von Wirklichkeitsverweigerung.

Es gab auch in der Geschichte der Bundesrepublik Skandale massenhaft. Der Unterschied zur DDR ist der: sie standen größtenteils sehr schnell in der Zeitung. Viele DDR-Skandale wurden aber den Bürgern erst nach ihrem Ende bekannt. Der Unterschied ist keiner der Moral, der Sittlichkeit oder des Anstands. Der Unterschied ist ein institutioneller: im Westen gab es eine freie Presse und im Osten nicht.

Ein dritter Grund: Erinnerung vergoldet. Ich will gar nicht grundsätzlich kritisieren, dass wir uns der erfreulichen Dinge intensiver erinnern als der unerfreulichen. Man kann dies sogar als Lebenskunst loben. Und zu jedem Alltag gelebten Lebens, ob in der Demokratie oder der Diktatur, gehörten Lieben und Trauern, Alltagssorgen und Alltagsfreuden, Freundschaften und Feindschaften, Großherzigkeiten und Gemeinheiten, schönes Wetter und trübe Tage, Erfolge im Beruf und Niederlagen und wer diese Elemente des richtigen Lebens im verkehrten nicht anerkennen will, ist ein Fanatiker. Der Theologe Karl Barth hat einmal sinngemäß gesagt: ein Christ kann auch in der Diktatur selig werden und in der Demokratie zur Hölle fahren, sprich ein heilloses Leben führen. Trotzdem wird er sich für Recht und Freiheit einsetzen. Ostdeutsche können durchaus stolz darauf sein, was sie unter den erschwerenden Bedingungen der Diktatur und der Mangelwirtschaft in Familie und Beruf geleistet haben, aber bitte doch nicht plötzlich stolz sein wollen auf die erschwerenden Bedingungen! Im Herbst 1989 fand eine sehr bedeutende Anzahl der Ostdeutschen ihre politischen Lebensbedingungen unerträglich und haben zunächst massenhaft die Flucht ergriffen und dann massenhaft demonstriert. Die DDR-Nostalgiker mussten konsequenterweise erklären, dass sie alle sich damals geirrt haben. In Wahrheit ist die Zahl derer, die sich die DDR ernsthaft zurückwünschen, im Osten verschwindend gering.

Vierter Grund: überstandene Angst vergisst man gern. Im Sommer 1989 haben SED-Funktionäre gegenüber Kirchenleuten erklärt, der Platz des Himmlischen Friedens sei näher als viele denken. Gemeint war die blutige Zerschlagung des Studentenprotestes in China, den Egon Krenz ausdrücklich gelobt hatte. War das eine Drohung oder eine Warnung? Es war wohl eine als Warnung getarnte Drohung. Denn zum 9. Oktober 1989 war die gewaltsame Zerschlagung der ersten Montagsdemonstration nachweislich geplant. Zusätzliche Blutkonserven wurden an die Leipziger Krankenhäuser ausgeliefert und die Ärzte zum Bereitschaftsdienst verdonnert. Resigniert hat der Volkskammerpräsident Sindermann (SED) schließlich erklärt: auf alles waren wir vorbereitet, bloß nicht auf Kerzen und Gebete.

Aber es geht hier nicht nur um die Angst der Demonstranten des 9. Oktober. Wir alle hatten in der DDR Angst vor dem falschen Wort ins falsche Ohr, und zwar auch SED-Mitglieder. Wir alle waren sehr wählerisch und vorsichtig bei Bekanntschaften und Freundschaften. Es ist wohl vielen peinlich, sich einzugestehen, Angst gehabt zu haben, selbst dann, wenn die Angst vollkommen berechtigt war.

Soeben hatten wir wieder einmal eine Diskussion darüber, ob die DDR ein Unrechtsstaat war. Wir hatten diese Diskussion schon einmal, nämlich 1997. Damals hatte ein ostdeutscher Ministerpräsident die Frage gestellt, wie viel Unrecht in einem Staat geschehen müsse, um ihn als Unrechtsstaat zu bezeichnen. Auch jetzt kann man in Leserbriefen zum Thema lesen: in der DDR gab es Unrecht und im heutigen Deutschland auch. Das ist zwar richtig, aber verfehlt das Thema.

Manche sagen, der Ausdruck Unrechtsstaat sei nicht definiert und deshalb zu vermeiden. Dann muss man eben einen anderen Ausdruck erfinden, um die DDR diesbezüglich zu beschreiben. Richtig ist, dass der Begriff Unrechtsstaat ein polemischer Begriff ist oder meinetwegen ein drastischer Begriff. Polemik ist aber nicht immer unberechtigt. Manchmal dient sie auch der Klarstellung. Man kann aber, wenn man nur will, den Begriff auch definieren. Absurd wäre die Definition, in einem Unrechtsstaat geschehe nur Unrecht. So hat den Begriff noch nie jemand verstanden, der ihn gebraucht hat. Ich möchte folgende Definition anbieten: wenn erklärtermaßen Macht vor Recht geht, handelt es sich um einen Unrechtsstaat. Dass jemand mit dem besseren Anwalt recht bekommt, das kommt leider überall vor.

Das ist aber ganz etwas anderes als die offizielle Erklärung, dass das Recht ein Machtinstrument der herrschenden Klasse sei und jetzt sind wir, die SED, die Avantgarde der herrschenden Klasse. Die SED hat eine unparteiliche Justiz nicht nur praktisch, sondern, was schlimmer ist, auch theoretisch abgelehnt.

Man kann sehr präzise sagen, was ein Rechtsstaat im Sinne der europäischen Aufklärung ist. Es ist ein Staat, der nach Recht und Gesetz handelt, also erstens sein eigenes Recht respektiert, und zweitens den Bürgern die Möglichkeit eröffnet, gegen Behördenentscheidungen Gerichte anzurufen.

Ob ein Staat ein Rechtsstaat ist oder nicht, ist eine Frage, die sich an die Verfasstheit des Staates richtet und nicht an die Bürger und ihre Moral. Sie betrifft das Justizwesen und die praktizierte Rechtsauffassung des Staates und nicht den Gerechtigkeitssinn der Bürger. Rechtsstaat heißt nicht: in diesem Staat geschieht kein Unrecht. Es heißt auch nicht: in diesem Staat gibt es keine Gauner. Einen solchen Staat gibt es nie. Ob ein Staat ein Rechtsstaat ist, entscheidet sich daran, ob es bestimmte Institutionen gibt oder nicht. Diese Institutionen sind zum einen die Gewaltenteilung mit der Intention auf Unabhängigkeit der Gerichte und im besonderen Verwaltungsgerichte, in denen Verwaltungsentscheidungen gerichtlich angefochten werden können. Die SED hat beides prinzipiell abgelehnt. Und sie hat die Verwaltungsgerichte, die aufgrund eines Kontrollratsbeschlusses in allen Besatzungszonen zunächst eingerichtet wurden, nach der Gründung der DDR abgeschafft.

Die SED wusste, was sie tat, als sie die Verwaltungsgerichte abschaffte. Ich streite nicht gern um Wörter. Nennt es wie ihr wollt, aber vergesst nicht wie es war. Ein Beispiel nur aus dem Jahre 1969. Einige Studenten in Freiberg in Sachsen haben gezecht und nachts auf dem Marktplatz gesungen: Wir wollen unsern alten Kaiser Wilhelm wieder haben, ein in der DDR bei Betrunknen beliebter Vers. Einer der Studenten wird umgehend verhaftet mit dem Vorwurf der Republikflucht. Er sagt bei der Vernehmung: wie soll ich denn auf dem Marktplatz von Freiberg in Sachsen Republikflucht versucht haben? Darauf der Stasi-Vernehmer: so, jetzt ist es staatsfeindliche Hetze und wir brauchen Ihnen überhaupt keine Auskunft mehr zu geben. Er wurde zu mehr als einem Jahr Gefängnis verurteilt. Noch schlimmer als dieses skandalöse Urteil – auch nach Maßstäben des DDR-Rechts skandalösen Urteils - finde ich folgendes. Stasileute haben öfters gedroht: wenn wir wollen, finden wir für jeden einen Paragraphen. Wir sollten es also als ihre Gnade betrachten, wenn wir nicht im Gefängnis sitzen. Das ist nicht eine andere Rechtsauffassung, sondern gar keine. Es ist prinzipielle Rechtsverachtung. Für diese Einstellung finde ich den Ausdruck Unrechtsstaat nicht übertrieben.

Die bessere Staatsform macht doch nicht bessere Menschen, aber sie bietet die besseren Chancen, der menschlichen Gemeinheit, Verbohrtheit und Bosheit Grenzen zu setzen, durch Teilung der Macht, Machtkontrolle, Öffentlichkeit, Transparenz.

Mithilfe des Staates oder der Gesellschaftsordnung bessere Menschen machen zu wollen ist vielmehr eine Absicht, die ganz schnell zur Diktatur führt. Zuerst hat das Robespierre demonstriert, der im Namen der Tugend die Köpfe rollen ließ. Karl Marx hat die Diktatur des Wohlfahrtsausschusses gelobt.

Beim diesjährigen Diskurs um das Wort Unrechtsstaat sind es vor allem Westdeutsche gewesen, die sich gegen das Wort „Unrechtsstaat“ gewendet haben. Eines der Argumente lautete:

da sich Ostdeutsche durch dieses Wort beleidigt fühlen, sollten wir es vermeiden. Ich halte das für entmündigende Fürsorglichkeit. Lasst dem Kind den Schnuller, sonst weint es. Diese entmündigende Fürsorglichkeit übersieht, dass sie diejenigen Ostdeutschen kränkt, die nicht kindisch sind. Odo Marquard hat einmal gesagt: das Gegenteil von gut ist gut gemeint. Bloß gut gemeint sind Nettigkeiten von der Art: ihr wart ok, euer Staat war ok, alles ok. In Wahrheit sind solche Nettigkeiten, bei denen alle Katzen grau werden, gefährlich. Sie unterminieren das Unterscheidungsvermögen in Sachen Staatseinrichtung.

In diese Rubrik gehört auch das freundlich gemeinte westliche Bekenntnis: wenn ich in der DDR gelebt hätte, wäre ich auch in die SED eingetreten. Das kann ja sein, aber damit würde ich mich lieber nicht brüsten.

Es fällt nach wie vor vielen Westdeutschen schwer, sich vom Alltag in der DDR ein zutreffendes Bild zu machen. Die einen halten die DDR für eine Bundesrepublik mit Ostgeld und bröckelndem Putz. Andere werfen den Ostdeutschen vor, vor so miesen Typen gekuscht zu haben. Ihr wart doch alle Stützen des Systems. Beides beruht auf Ahnungslosigkeit. Am besten verstehen die DDR-Verhältnisse diejenigen, die aus der DDR geflohen oder ausgewandert sind, weiter Kontakte zu ihren Ostverwandten gepflegt haben und beide Teile Deutschlands aus erlebter Erfahrung kennen. Sie neigen am wenigsten zu DDR-Nostalgie oder herablassender Verharmlosungen.

Und was hat das alles mit unserer heutigen Preisverleihung zu tun? Diskussionen um Begriffe wie Unrechtsstaat können einen Zugang zur DDR-Wirklichkeit im Alltag nicht vermitteln. Insofern sind sie unproduktiv und leider zumeist auch noch durch Begriffsschlamperei verzerrt. Einen Zugang zur DDR-Wirklichkeit kann man nur durch Erzählen gewinnen, in persönlichen Gesprächen oder im Film (Das Leben der anderen) oder im Roman. Wir zeichnen heute drei Autoren aus drei Generationen aus, die dazu sehr Bemerkenswertes beigetragen haben.